

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Beste Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 2 Mk. ohne Posten. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindeverbands-Konto Nr. 3. — Postkontokonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die Leihgeschäftsstellen 1/2 Spalte, außerhalb der Hauptmannschaft 1/2 Spalte, im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Zeile 200 Pf. — Einzelnummern 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 88

Donnerstag den 13. April 1922

88. Jahrgang

Amtliche Bekanntmachung.

Reichsreisebrotmarken.

Gemäß Anordnung der Reichsgetreidestelle verlieren mit Ablauf des 30. April d. J. sämtliche ausgegebenen Reichsreisebrotmarken ihre Gültigkeit. Nach dieser Zeit darf eine Einlösung solcher Marken seitens der Bäcker und Mehlhändler nicht mehr erfolgen. Die Ausgabe von Reisebrotmarken wird bereits vom 15. April d. J. ab eingestellt.

Dippoldiswalde, am 11. April 1922.

Der Kommunalverband.

Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums zu Dippoldiswalde am 11. April 1922.

Um 7 Uhr, dem angelegten Sitzungsbeginn, ist das Kollegium noch nicht beschlussfähig. Auch bei Beginn der Verhandlungen fehlen noch 3 Stadtverordnete, die aber bald eintreffen. Außerdem erscheinen der Bürgermeister und Stadtrat Diehoff.

Die Umbauten im Bürgererschulgebäude, sowie die Wasserleitung nach den Schwarzbachhäusern wurden seinerzeit beschlossen in der sicheren Erwartung einer namhaften Zuwendung aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Als man aber die Abrechnungen einreichte, wurde eine Beihilfe abgelehnt mit der Begründung, daß eine Prüfung der Unterlagen ergeben habe, daß diese Arbeiten doch früher oder später sowieso hätten vorgenommen werden müssen, daß es sich also um eigentliche Kostendarstellungen in der Hauptsache nicht handle. Eine persönliche Bemühung des Rates beim Ministerium hatte ebenfalls keinen Erfolg. Als Grund wurden die neuen verschärften Bedingungen für solche Beihilfen angegeben und hinzugefügt, die finanzielle Lage von Dippoldiswalde könne eine so schlechte übrigens nicht sein, da man die Steuermöglichkeiten nicht einmal voll ausnütze, indem die Stadtverordneten den Gewerbesteuerzuschlag ablehnten. Man nimmt hiervon Kenntnis, ebenso davon, daß das während des Krieges für die Märschschule ausgenommene Darlehen von 55 000 M. aus laufenden Mitteln abgelöst wurde.

Von dem zur Lehrerbildung gewährten Staatsdarlehen sind noch rund 110 500 M. zurückzuführen, die nach und nach gedeckt werden durch Abzüge von dem der Stadt zustehenden Anteil an der Reichseinkommensteuer. Der noch nicht gedeckte Teil des Darlehens ist mit 5% zu verzinsen. Man nimmt zustimmend Kenntnis.

Nach ministerieller Verordnung ist die Ruhestandsunterstützung der Hebammen auf 1000—3000 M. zu erhöhen. Der Staat gewährt die Hälfte als Zuschuß, jedoch nicht mehr als 1500 Mark. Die Hebammen haben um Erhöhung bis 6000 M. gebeten. Der Rat hatte dem auch anfangs zugestimmt in der Hoffnung, daß eine höhere Staatsbeihilfe in diesem Falle erlangt werden könne. Diese Hoffnung war jedoch falsch. Der Rat hat deshalb nunmehr unter Abänderung des bisherigen Ortsstatuts die Pension auf 1500 M. (nach 10 Dienstjahren) bis 3000 M. festgesetzt und weiter beschlossen, daß anderwärts verbrachte Dienstzeit in der Regel angerechnet und die Pension im voraus ausgezahlt wird. Dem stimmt man zu.

Ebenso genehmigt man den Ankauf der vom Hausmann Rechner im südlichen Mietwohnhaus für die dortigen Schrebergärten angelegten Privatwasserleitung für 100 M., wie nicht minder die Erhöhung der Miete in dem Grundstücke, beides in der vorgeschlagenen Weise.

Die Miete für die Mädchenfortbildungsschule auf 1921/22 wird vorschlagsgemäß auf 3000 M. festgesetzt.

Das Gesetz des Gastwirtvereins um Aufhebung der Staffelfsteuer bei der Uebernachtungssteuer findet Berücksichtigung durch den mit Stimmenmehrheit gefassten Beschluß, daß bei einem Preise bis 10 M. sich nichts ändert (bis 5 M.: 1 M., bis 10 M.: 1,50 M.), dagegen für jede Mark mehr noch 25 Pf. (bisher 50 Pf.) erhoben werden. (Die Steuer erbrachte in der Zeit vom 20. 10. 21 ab etwa 900 M.)

Auf der Steuerfrage hatte der Finanzausschuß seinerzeit auch von der Viehsteuer gesprochen, sah aber von einer Vorlage ab. Eine neuerliche Ministerialverordnung, nach der einer Besteuerung von Vieh, das nicht zur Mast benutzt wird, Bedenken nicht entgegenstehen würden, hat den Finanzausschuß auch nicht ändern lassen. Rat und Stadtverordnete sind einverstanden.

Der privatliefernde Kaufmann O. Raeser hat gebeten, ihn mit Rücksicht auf sein Alter von der Prüfung der städtischen Rechnungen zu entbinden. Der Rat kommt dem nach, hat aber gleichzeitig — Beschließen der städtischen Kollegien von 1919 nachgehend — beschlossen, festzustellen, welche Kosten durch Begründung eines neuen oder auch Beitritt zu einem bestehenden Kassens-Revisionsverband entstehen würden. Die Stadtverordneten sind damit einverstanden. Der Vorsteher nimmt Gelegenheit, dem bisherigen Rechnungsprüfer für seine während 25 Jahren der Stadt geleisteten Dienste herzlichsten Dank namens der Stadtverordneten zum Ausdruck zu bringen.

Der letzte Punkt der Tagesordnung betrifft Baulichkeiten in der Märschschule. Der an sich erfreuliche starke Besuch der Schule hat erheblichen Platzmangel mit all seinen Begleiterscheinungen zur Folge. Eine Eingabe des Schulausschusses, deren Angaben die Befähigung des Lehrerrates fanden, brachte die Sache ins Rollen. Eine Besichtigung durch den Märschschulausschuß und Beratungen desselben haben schließlich zu Vorschlägen geführt, die die Befähigung der schlimmsten Mängel vorzulegen. Der Rat hat in der Hauptsache zugestimmt. Hiernach soll die Beleuchtungsanlage verbessert werden; die bisherige Garde-

robe bleibt als solche; das ganz ungenügende Lehrmittelzimmer wird ebenfalls Garderobe; im Dachraum wird ein vorläufiges Lehrmittelzimmer eingebaut; zwei der Luftschächte werden, da man mit ihrer Wirkung nicht zufrieden ist, bis über das Dach hinaus geführt; wegen der Heizungsanlage ist ein Gutachten herbeizuziehen. Der Ausschuß hofft, daß die Bürgermeisterwohnung während des Sommers frei gemacht werden kann. Dann wird auch ein Lehrmittelzimmer für die Dauer geschaffen werden können. Müllerchuldirektor Oberstudienrat Keller, der zu diesem Punkte erscheint, beschäftigt in der Hauptsache das bereits Gesagte und das von ihm in der Sache schriftlich niedergelegte und welf besonders darauf hin, daß mit dem Vorgesetzten der Platzmangel nicht beseitigt werde. Die starke Belegung der Lehrzimmer (bis 80 Schüler) würde nicht so stören, wenn es sich nur um akademische Vorträge handelte. So aber müsse gearbeitet werden, der Lehrer solle sich die Arbeit des einzelnen Schülers ansehen. Das sei in solcher Klasse absolut unmöglich. Deshalb müsse er betonen, daß die von der Märschschule bestimmte darauf rechnen, daß zum Wintersemester die Bürgermeisterwohnung zur Verfügung stehe. Wenn der Direktor der Märschschule die Gelegenheit, vor der öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten zu sprechen, benütze, um gegenüber der manchmal in der Einwohnerschaft zum Ausdruck kommenden Kurzsichtigkeit unter gleichzeitiger Berufung auf eine Auslassung des Wirtschaftsministeriums (die auf die Bedeutung einer solchen Schule für eine Gemeinde hinweist, wenn diese auch direkt eine verbundene Anlage nicht sein könne) festzustellen, welche Bedeutung die Märschschule für das Geschäft- und Wirtschaftsleben der Stadt hat, und das auch mehrfach durch Zahlen belegt, so kann man ihm das Bedürfnis hierzu gewiß nachfühlen, wenn auch schließlich direkt zum Beratungsgegenstand nicht gehörte. Eingeworfen sagte er nichts Neues, manchen anderen aber doch. Die Stadtverordneten stimmten fast debattelos den Vorschlägen bezüglich der Baulichkeiten zu. Die Mittel sind in den neuen Haushaltsplan einzustellen.

Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Vertikales und Sächsisches

Dippoldiswalde, 12. April. In den letzten Tagen ist es wiederholt vorgekommen, daß die Kraftwagen auf der staatlichen Kraftwagenlinie Dresden—Dippoldiswalde in Raß mit Steinen beworfen wurden. Gestern Abend bei der letzten Fahrt von Dresden geschah dies wieder. Durch einen Steinwurf wurde eine Fensterscheibe zertrümmert und eine im Wagen sitzende Person verletzt. Dem Kraftwagenfahrer K. gelang es diesmal, einen der Täter, die die Flucht ergriffen hatten, festzunehmen und ihn der Polizei zu übergeben. Es sind vier in Raß wohnhafte 22 Jahre alte Personen gewesen, darunter der Hauptbeteiligte, ein Schweizer O. auf dem dortigen Rittergute. Die Angelegenheit wird die Staatsanwaltschaft weiter verfolgen.

Wie wir hören, ist die frühere Radestockische Gärtnerei an der Dresdner Straße aus dem Besitz des Herrn Gärtnereibesitzer Philipp in den des Herrn Molkereibesitzer Rath übergegangen. Das Land kommt wieder unter den Pflug.

Die Krankenkasse sächsischer Lehrer vermeldet folgenden Bericht auf das 71. Geschäftsjahr 1921. Die 19 780 Mitglieder (1729 Neueintritte) brachten auf an Eintrittsgeldern und Mitgliedsbeiträgen 1 091 743 M., und die Kasse leistete dafür 1 758 437 M. Krankheitskostenbeiträge, 420 781 M. Rücklagen und 91 698 M. Verwaltungs- und Besoldungsaufwand. Der hiesige 13. Bezirk zählte 125 Mitglieder einschließlich 34 Frauen), welche 12 803 M. Steuern zahlten und dafür in 64 Erkrankungsfällen 8082 M. Krankheitskostenbeiträge erhielten.

Schmiedeberg. Nachdem nun 8 Wochen seit der Glodenweide vergangen sind und Ostern herangekommen ist, ohne daß es trotz wiederholter Aufforderungen seitens des Kirchenvorstandes die Firma Pögel & Co. für notwendig erachtet hat, das gelieferte Geläut in einen wirklich brauchbaren Zustand zu bringen, sieht sich die Kirchengemeinde immer mehr enttäuscht in ihren Hoffnungen, die sie sich auf die neuen Gloden gemacht hat. — Man bedauert, den Auftrag seinerzeit nicht der altennominierten Firma Bierling erteilt zu haben, von der Nachbargemeinden zur vollsten Zufriedenheit bedient wurden. — In kaum geahnter Weise sind hier die Mittel freudig, gern und reiflos aufgebracht worden, nun möchte aber auch die Gemeinde einmal Freude an dem neuen Geläute haben. — Wenn schon die Ausführung der Gloden in bezug auf Guß keine besonders laubere Arbeit ist, was jeder Laie sieht, so bestehen noch technische Mängel, die das Läuten außerordentlich erschweren und allerhand Unföhen verursachen. Nach vielen Bemühungen des Kirchenvorstandes hat sich Herr Pögel vor etwa 4 Wochen endlich einmal hier sehen lassen, wobei ihm die mangelhaft ausgeführten Arbeiten seiner Firma gezeigt wurden. Er versprach zwar Abhilfe zu schaffen und andere Röhren liefern zu wollen, aber bis heute ist alles so geblieben. Der Kirchenvorstand wird nunmehr ganz energisch vorgehen und bis zu einem letztmalig gestellten Termin die Befähigung der Mithände verlangen, widrigenfalls alle Rechtsmittel hierzu angewendet werden sollen.

Reinhardtsgrimma. Nachdem die am Sonntag Judica gewählten Kirchengemeindevertreter der Pfarodie aus ihrer Mitte den Kirchenvorstand gewählt haben, setzt sich derselbe aus folgenden Herren zusammen: Pfarrer Ludwig, Sparcaffendirektor Oswald Flasche und die Ortsbesitzer Wilhelm Fischer und Paul Grahl, Reinhardtsgrimma; Max Diebler und Hermann Thiele, Cunnersdorf; Ernst Donath, Hirschbach; Bruno Böhme, Oberfrauendorf; Wirtschaftsbesitzer Hermann Voigt, Niederfrauendorf und Stationsverwalter Karl Knauth, Niederschloßwitz. — Kirchengemeindevertreter sind die Herren Ortsbesitzer Reinhard Bormann, Reinhardtsgrimma, Gustav Ulrich, Cunnersdorf, Otto Pöschel, Hirschbach und Schneidermeister Wenzel Probst, Oberfrauendorf. Dazu berufen wurden die Herren Kantor Emil Schubert, Reinhardtsgrimma, Baumeister Reichel, Cunnersdorf und Gemeindevorstand Wiener, Hirschbach. Die feierliche Einweihung erfolgt im Vormittagsgottesdienst am 2. Osterfeiertage nach Beendigung der Predigt.

Die Hausammlung zu der Altershilfe erbrachte in hiesiger Gemeinde den Betrag von 1686 M. 50 Pf.

Dresden. Der Verband sächsischer Industrieller richtete eine Eingabe an die sächsische Regierung, worin er sein lebhaftes Bedauern über die Annahme des Gesetzentwurfs auf Einführung des 1. Mai und 9. November als gesetzliche Feiertage ausspricht und auf die wirtschaftlichen Nachteile hinweist, die dem Lande durch diese beiden sächsischen Sonderfeiertage entstehen müssen. Diese Nachteile haben bekanntlich zur Abschaffung des Hohneujahrs als speziellen sächsischen Feiertag geführt. Der Verband weist ferner darauf hin, daß erst in diesen Tagen im hiesigen Landtage die Einführung der beiden Feiertage aus gewichtigen Gründen, die der Verband in seiner Eingabe näher darlegt, abgelehnt worden ist. Er beantragt, das Gesamtministerium wolle das Gesetz nach Artikel 35 der Landesverfassung dem Landtag binnen 14 Tagen zurückgeben.

Epenhain bei Vorna. Dem Rittergutsbesitzer L. Robis hier wurde dieser Tage von einem durchfahrenden Auto ein wertvolles dreijähriges Pferd angefahren, wobei eine Fessel des Tieres derartig verletzt wurde, daß es getötet werden mußte. Der Verlust trifft Herrn Robis umso schwerer, als ihm schon vor etwa 4 Wochen gleichfalls durch rücksichtsloses Drauflosfahren eines Autos ein Pferd zu Schaden gemacht wurde. Auch in diesem Falle war die Fessel glatt abgefahren worden, worauf das arme Tier abgestochen werden mußte. Herr Robis hat also bereits zwei Pferde von hohem Werte durch leichtfertige Autofahrer eingebüßt. Es wird tatsächlich die höchste Zeit, daß endlich die Behörden energische, nachdrückliche Maßnahmen gegen die brutale Autofahrerei ergreifen.

Rochlitz. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten brachten einen Antrag ein, die Wästen der früheren Herrscher aus dem Stadtverordnetenversammlungsaal zu entfernen. Der unabhängige Stadtverordnete Herzog begründete den Antrag mit dem Hinweis darauf, daß das Gesamtministerium eine Verfügung erlassen habe, wonach in den staatlichen Gebäuden des Landes die Wästen der Landesfürsten zu entfernen seien. Die bürgerlichen Stadtverordneten und Bürgermeister Orieshammer sprachen sich sämtlich gegen Annahme des Antrages aus. Die Abstimmung ergab die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages mit 9 gegen 7 Stimmen bei einer Stimmenthaltung. Ein sozialdemokratischer Stadtverordneter fehlte. Nach der Abstimmung verließen die sozialdemokratischen Stadtverordneten den Sitzungssaal. Infolgedessen war das Kollegium nicht mehr beschlussfähig, so daß der letzte Punkt der Tagesordnung, eine Bauangelegenheit, die als eilig bezeichnet wurde, nicht mehr zur Beratung und Verabschiedung gelangen konnte.

Meerane. Auf dem Wege nach Gößnitz begriffen, wurde am Sonabend kurz nach 8 Uhr der Kirchschullehrer Ulbricht aus Järschau am Ausgange des Dorfes Wilmigen von den Insassen eines Autos angehalten und mit vorgehaltenem Revolver zur Mitfahrt gezwungen. Nachdem der Automobilist sein Opfer um die gesamte Barschaft beraubt, ließ er den Mann in Ponitz liegen. Er ist am Sonntag morgen besinnungslos aufgefunden worden.

Lausitz. Die Firma E. W. Landmann hier feierte ihr 60jähriges Bestehen und stiftete aus diesem Anlaß 250 000 Mark zu Wohnungsbauten für ihre Beamten und Arbeiter.

Plauen i. V. Auf einer in der Südstadt aufgestellten Luftschaukel vergnügte sich am Sonntag der 17 Jahre alte Arbeitsbursche Walter May S., stellte sich aber trotz wiederholter Verwarnungen in dem Kahne auf. Plötzlich verlor er das Gleichgewicht und stürzte rückwärts ab, wodurch er einen Schädelbruch und einen Oberschenkelbruch erlitt.